

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

Stelle, Datum der Stellungnahme	Inhalt der Stellungnahme	Ergebnis der Prüfung und Art und Weise der Berücksichtigung
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume – Untere Forstbehörde, Stellungnahme vom 16.07.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, von Seiten der unteren Forstbehörde werden <u>keine Anregungen oder Bedenken</u> zur oben bezeichneten Planung vorgebracht.	
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Stellungnahme vom 16.07.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, durch die oben genannten und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange <u>keine Einwände</u> .	
Deutsche Telekom Technik GmbH, Stellungnahme vom 16.07.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen. Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die o.a. Planung haben wir <u>keine Bedenken</u> .	
Landeskriminalamt Schleswig-Holstein – Kampfmittelräumdienst, Stellungnahme vom	Sehr geehrter Herr Mathein, hiermit teile ich Ihnen mit, dass für das Gebiet (siehe Betreffzeile) keine Auskunft zur Kampfmittelbelastung gern. § 2 Abs. 3 Kampfmittelverordnung S-H erfolgt.	

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

16.07.2020	<p>Eine Auskunftseinholung beim Kampfmittelräumdienst S-H ist nur für Gemeinden vorgeschrieben, die in der benannten Verordnung aufgeführt sind.</p> <p>Die Gemeinde/Stadt Büdelsdorf liegt in keinem uns bekannten Bombenabwurfgebiet. Für die durchzuführenden Arbeiten bestehen aus Sicht des Kampfmittelräumdienstes <u>keine Bedenken</u>.</p> <p>Zufallsfunde von Munition sind jedoch nicht gänzlich auszuschließen und unverzüglich der Polizei zu melden. (siehe Merkblatt)</p> <hr/> <p>Merkblatt</p> <p>Historie: Zum Ende des zweiten Weltkrieges war Schleswig - Holstein das letzte "freie" Bundesland. Aus diesem Grunde versuchten alle Wehrmachtseinheiten sich dorthin zurück zu ziehen. Dort lösten diese sich auf und ca. 1,5 Millionen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft. Das Wissen darüber führte dazu, dass sich die Soldaten überall ihrer Waffen, Munition und Ausrüstung entledigten.</p> <p>Dadurch kann es überall zu Zufallsfunden von Waffen, Munition oder Ausrüstungsgegenständen kommen. Offensichtlich schlechter Zustand und starke Rostbildung sind kein Beweis für die Ungefährlichkeit eines Kampfmittels.</p> <p>Wer solche Waffen, Munition oder kampfmittelverdächtige Gegenstände entdeckt, hat im eigenen Interesse folgende Verhaltensregeln zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none">– Diese Gegenstände dürfen niemals bewegt oder aufgenommen werden– Die Arbeiten im unmittelbaren Bereich sind einzustellen	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<ul style="list-style-type: none">– Der Fundort ist .so abzusichern, dass Unbefugte daran gehindert werden an den Gegenstand heran zu kommen.– Die nächstliegende Polizeidienststelle ist über den Fund zu unterrichten– Die Gegenstände dürfen auf keinen Fall zur Polizeidienststelle verbracht werden	
Gemeinde Borgstedt über Amt Hüttener Berge, Stellungnahme vom 20.07.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, die Gemeinde Borgstedt hat <u>keine Bedenken</u> gegen die geplante 25. Änderung des F-Plans der Stadt Büdelsdorf.	
Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 24.07.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, auf der überplanten Fläche wurden am 04. – 06.05.2020 in Absprache mit dem Planungsträger vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein Voruntersuchungen ohne Nachweis von relevanten archäologischen Befunden durchgeführt. Wir haben nunmehr <u>keine Bedenken</u> bezüglich der Planumsetzung und können die Flächen zur Bebauung freigeben.	
Stadt Rendsburg, Stellungnahme vom 22.07.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die Stellungnahme vom 26. September 2019 werden seitens der Stadt Rendsburg <u>keine Anregungen und Bedenken</u> vorgetragen.	
Bundesnetzagentur, Stellungnahme vom 27.07.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, auf der Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben empfehle ich Ihnen, bei Vorliegen konkreter Bauplanungen mit Höhen über 20 m (z.B. Windkraftanlagen, Hochspannungsfreileitungen, Masten, hohen Gebäuden/Wohngebäuden, Industrie- und Gewerbeanlagen etc.) sowie für Photovoltaikanlagen mit einer Fläche ab ca. 200 m ² , das Referat 226 der Bundesnetzagentur zu beteiligen. Für Ihre Anfrage verwenden Sie bitte das Formular im Anhang und senden es zusammen mit Ihrem Lageplan an:	Die Anregung wird berücksichtigt. Da im Bebauungsplan teilweise Bauhöhen von über 20,00 m festgesetzt werden erfolgte eine entsprechende Abfrage möglicher Betreiber von Richtfunktrassen innerhalb des Plangebietes am 28.07.2020.

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>226.Postfach@BNetzA.de</p> <hr/> <p>Sehr geehrter Herr Mathein,</p> <p>auf der Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben habe ich eine Überprüfung des angefragten Gebiets durchgeführt. Nachfolgend können Sie die Namen und Anschriften der in dem ermittelten Koordinatenbereich tätigen Richtfunkbetreiber, die für Sie als Ansprechpartner in Frage kommen, entnehmen. Durch deren rechtzeitige Einbeziehung in die weitere Planung ist es ggf. möglich, Störungen des Betriebs von Richtfunkstrecken zu vermeiden.</p> <p><u>Betreiber von Richtfunkstrecken</u></p> <p>Vorgangsnummer: 32432 Baubereich: Büdelsdorf, Landkreis Rendsburg-Eckernförde Koordinaten-Bereich: NW: 09E4153 54N1932 / SO: 09E4234 54N1906 Betreiber und Anschrift: <u>Vodafone GmbH, Ferdinand-Braun-Platz 1,40549 Düsseldorf</u></p> <p>Die angefragte Standortplanung befindet sich im Schutzbereich einer Funkstelle für den Ortungsfunk/Radar. Da Beeinträchtigungen dieser Funkstelle durch die geplante Baumaßnahme nicht ausgeschlossen werden kann, empfehle ich Ihnen, sich auch mit den nachfolgend genannten Betreiber in Verbindung zu setzen.</p> <p><u>Betreiber von Anlagen für Ortungsfunk bzw. Radar</u></p> <p>Vorgangsnummer: 32432 In der Nähe des Baubereiches: Borgstedter Str., Trichterbecherweg, Fehmarnstr.; 24782 Büdelsdorf Betreiber und Anschrift: <u>Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau, Schleuseninsel 2, 24159 Kiel</u></p>	<p>Das Ergebnis der Abfrage ist nachfolgend aufgeführt.</p> <p>Die Vodafone GmbH wurde im Zuge des Bauleitplanverfahrens bereits beteiligt. Es wurden keine Bedenken gegen die Planungen vorgebracht. Eine mögliche Beeinträchtigung der Richtfunkstrecken ist in dieser Stellungnahme nicht aufgeführt.</p> <p>Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau wurde im Zuge des Bauleitplanverfahrens beteiligt und hat hierzu Stellung genommen. Es wurden keine grundlegenden Bedenken gegen die Planungen vorgebracht. Eine mögliche Beeinträchtigung des</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

		Ortungsfunk bzw. Radar ist in dieser Stellungnahme nicht aufgeführt.
Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein – Landeseisenbahnverwaltung Stellungnahme vom 28.07.2020	<p>Sehr geehrter Herr Mathein,</p> <p>vielen Dank für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange an dem o. g. Bauleitplanungsverfahren.</p> <p>Wie ich Ihnen bereits mit meiner E-Mail vom 23.09.2019 mitgeteilt habe, tangiert die o. g. Bauleitplanung keine Eisenbahninfrastrukturen eines nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmens.</p> <p>Daher werden <u>keine Belange</u> des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein als zuständiger Eisenbahnaufsichts- und genehmigungsbehörde berührt.</p> <p>Für zukünftige Fälle bitte ich meine Beteiligung nur zu veranlassen, wenn die Bauleitplanung eine nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur in Schleswig-Holstein tangiert oder sich in Nachbarschaft zu dieser befindet.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Eine Beteiligung der Landeseisenbahnverwaltung erfolgt in zukünftigen Bauleitplanverfahren nicht mehr regelmäßig, sondern anlassbezogen.</p>
Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Stellungnahme vom 31.07.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 16.07.2020.</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme <u>keine Einwände</u> geltend macht.</p> <p>In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.</p> <p>Weiterführende Dokumente:</p> <ul style="list-style-type: none">•Kabelschutzanweisung Vodafone•Kabelschutzanweisung Vodafone Kabel Deutschland•Zeichenerklärung Vodafone	

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	•Zeichenerklärung Vodafone Kabel Deutschland	
Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 10.08.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, aus agrarstruktureller Sicht bestehen zu der o.a. Bauleitplanung <u>keine Bedenken bzw. Änderungswünsche</u> .	
Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR, Stellungnahme vom 12.08.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, die mir per Mail zugesandten Planunterlagen habe ich auf Belange des Landes Schleswig – Holstein hin überprüft und erhebe hierzu <u>keine Einwände</u> , da keine Landesliegenschaften betroffen sind. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	
Landessportverband Schleswig-Holstein e.V., Stellungnahme vom 13.08.2020	Sehr geehrter Herr Mathein, Grundlage der Stellungnahme des Landessportverbandes Schleswig-Holstein (LSV SH) ist die Stellungnahme des Kreissportverbandes Hzgt. Lauenburg (KSV Hzgt. Lau), die wir hiermit zum Gegenstand unserer Stellungnahme machen. Die den LSV SH erreichenden Planungsunterlagen werden aufgrund der besseren Vor-Ort-Kenntnisse und der Kenntnis ggf. vorliegender Betroffenheiten durch unsere Kreissportverbände (KSV) bearbeitet. Die dafür zuständigen Personen der Kreissportverbände sind meist ehrenamtlich tätige Mitarbeiter. In jedem Fall trifft dies für die Vertreter der ansässigen Sportvereine zu, die durch den KSV zu Rate gezogen werden. Insofern ist eine eingeräumte Frist von einem Monat für die Stellungnahme ein sehr knapper Zeitraum. Bei den uns bisher vorgelegten Planungsvorhaben besteht allerdings mit den zuständigen Behörden die Absprache, dem Landessportverband eine Stellungnahmefrist von mindestens acht Wochen einzuräumen. Dieser Zeitraum wird benötigt, um die betroffenen Sportverbände und -vereine angemessen einbinden zu können.	Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Die Mindestbeteiligungsfristen richten sich nach den Vorgaben des Baugesetzbuches. Die gewählte Frist entspricht den Vorgaben nach § 4 Abs. 2 BauGB. Eine regelmäßige Fristverlängerung, wie hier gefordert, sieht das Baugesetzbuch nicht vor.

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>Wir bitten, diesen Sachverhalt bei zukünftigen Vorhaben zu berücksichtigen.</p> <p>Seitens des LSV SH werden gegen den vorbezeichneten Planungsentwurf der Stadt Büdelsdorf <u>keine Einwände oder Hinweise</u> vorgebracht.</p>	<p>Nach § 4 Abs. 2 BauGB kann die Frist bei Vorlage eines wichtigen Grundes angemessen verlängert werden. Dieser Grund wäre von dem jeweiligen Träger öffentlicher Belange anzugeben und je nach Planverfahren im Einzelfall zu prüfen.</p>
<p>Abfallwirtschaft Rendsburg-Eckernförde, Stellungnahme vom 14.08.2020</p>	<p>Guten Tag Herr Mathein, vielen Dank für die Beteiligung an dem vorstehend genannten Planvorhaben.</p> <p>Zu der geplanten 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf gibt es aus abfallwirtschaftlicher Sicht <u>keine Bedenken und Anregungen</u>.</p>	
<p>Kreis Rendsburg-Eckernförde, Stellungnahme vom 17.08.2020</p>	<p>Zur vorliegenden Bauleitplanung, hier eingegangen am 15.07.2020, nimmt die untere Denkmalschutzbehörde des Fachdienstes Bauaufsicht und Denkmalschutz wie folgt Stellung:</p> <p>Es ist nicht erkennbar, dass in die Denkmalliste eingetragene Kulturdenkmale betroffen sind oder betroffen sein könnten. Die vorgesehenen Flächen befinden sich jedoch vollständig in einem archäologischen Interessengebiet gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 6 DSchG. Deshalb ist besonders darauf zu achten, ob und wenn ja, mit welchen Aussagen das (dafür zuständige) Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein eine Stellungnahme zu der Planänderung abgibt.</p> <p>Weitere Anregungen werden vom Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht vorgetragen. Ich bitte nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung um Vorlage des Abwägungsergebnisses.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens wurden in Abstimmung mit dem archäologischen Landesamt archäologische Voruntersuchungen auf den unbebauten Flächen durchgeführt. Es wurde kein Nachweis von relevanten archäologischen Befunden festgestellt. Die Baufeldfreigabe erfolgte mit Schreiben vom 12.05.2020. Das archäologische Landesamt hat keine Bedenken gegen die Planung (siehe Stellungnahme vom 24.07.2020)</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Planunterlagen sowie das Abwägungsergebnis werden dem Kreis</p>

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>Gemäß Verfahrenserlass des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 5. Februar 2019 Ziffer 14 wird nach der Bekanntmachung des Beschlusses des Bauleitplans umgehend um die Übersendung folgender Unterlagen gebeten:</p> <ul style="list-style-type: none">– eine digitale Version des beschlossenen und ausgefertigten Bauleitplans,– eine digitale Version der beschlossenen und ausgefertigten Begründung,– die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 a BauGB sowie– die Bekanntmachung – ebenfalls digital. <p>Darüber hinaus wird unter Berufung auf den Verfahrenserlass, Ziffer 14 vorletzter Absatz Satz 2, um Übersendung eines beglaubigten Ausdruckes der o. g. Unterlagen auf Papier gebeten. Die digitalen Fassungen senden Sie bitte an die E-Mailadresse regionalentwicklung@kreis-rd.de.</p>	<p>Rendsburg-Eckernförde digital und analog zur Verfügung gestellt.</p>
<p>Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau,</p> <p>Stellungnahme vom 17.08.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Zur Wahrung meiner Belange gebe ich folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Es bestehen aufgrund der mir vorgelegten Antragsunterlagen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die vorgestellte 2. Änderung zum B-Plan Nr.: 29 und Änderung des zugehörigen FN-Plans, wenn folgende Formulierungen zur Wahrung meiner Belange aufgenommen und bei den weiteren Planungen entsprechend zwingend beachtet werden:</p> <p>Aufgrund der Nähe zur Bundeswasserstraße Nord-Ostsee-Kanal (NOK) wird ausdrücklich auf die entsprechenden gesetzlichen Regelungen hingewiesen. Daraus ergibt sich beispielsweise:</p> <p>Gemäß § 10 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) gilt für Anlagen und Einrichtungen Dritter:</p> <p>"Anlagen und Einrichtungen in, über oder unter einer</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>Bundeswasserstraße oder an ihrem Ufer sind von ihren Eigentümern und Besitzern so zu unterhalten und zu betreiben, dass die Unterhaltung der Bundeswasserstraße, der Betrieb der bundeseigenen Schifffahrtsanlagen oder der Schifffahrtszeichen sowie die Schifffahrt nicht beeinträchtigt werden."</p> <p>Gemäß § 34 Abs. 4 Bundeswasserstraßengesetzes (WaStrG) dürfen Anlagen und ortsfeste Einrichtungen aller Art weder durch ihre Ausgestaltung noch durch ihren Betrieb zu Verwechslungen mit Schifffahrtszeichen Anlass geben, deren Wirkung beeinträchtigen, deren Betrieb behindern oder die Schiffsführer durch Blendwirkungen, Spiegelungen oder anders irreführen oder behindern. Wirtschaftswerbung in Verbindung mit Schifffahrtszeichen ist unzulässig.</p> <p>Beispielhaft sei hier angeführt:</p> <ul style="list-style-type: none">– Direkte und / oder indirekte Beleuchtung vom Grundstück, der Anlagen, der Gebäude oder im Rahmen der Baumaßnahme, die eine Blendwirkung oder Spiegelung hervorrufen können.– Form, Farbe oder sonstige Beschaffenheiten der Beleuchtung oder von Bauteilen, die zu Verwechslungen führen können, durch welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs beeinträchtigt bzw. gefährdet wird.– Materialien, die eine Blendwirkung oder Spiegelung der Schifffahrt bewirken können. <p>Es dürfen sich keine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ergeben. Anzeigepflichten ergeben sich aus §31 Bundeswasserstraßengesetz.</p> <p>Darüber hinaus weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Emissionen, die aus Betrieb und Unterhaltung des Nord-Ostsee-Kanals wirken,</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis ist in Kapitel 3.8.2 der Begründung bereits aufgeführt. Durch die Planungen werden keine Anlagen und Einrichtungen in, über oder unter einer Bundeswasserstraße oder an ihrem Ufer vorbereitet.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis ist in Kapitel 3.8.2 der Begründung bereits aufgeführt. Aufgrund der Distanz sowie den topografischen Gegebenheiten ist nicht davon auszugehen, dass Baustelleneinrichtungen und/oder die Grundstücksbebauungen negative Auswirkungen auf den Schiffsverkehr des NOK haben werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Distanz zwischen dem Plangebiet</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>erheblich sind und auf das betreffende Planungsgebiet einwirken können. Es dürfen sich aus möglichen Nutzungskonflikten keine Beeinträchtigungen für die Bundeswasserstraße einschließlich ihrer Anlagen oder Ihres Zubehörs ergeben.</p> <p><u>Oberflächenwassereinleitung aus dem Planungsgebiet in den NOK:</u></p> <p>Bei der Errichtung neuer Einleitungsstellen für Niederschlags/ Oberflächenwasser oder die höhere Beaufschlagung bestehender Einleitungsstellen - auch durch indirekte Einleitung in die Bundeswasserstraße Nord-Ostsee-Kanal - sind diese dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Kiel -Holtenau anzuzeigen. Die Anzeigepflicht ergibt sich aus § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG). In zukünftigen Stellungnahmen zu wasserrechtlichen Verfahren nach WHG zum Einleiten von Oberflächenwasser in die Bundeswasserstraße NOK wird die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) darauf hinweisen, Oberflächenwasser aus Niederschlagsereignissen durch geeignete Maßnahmen möglichst dem Grundwasserkörper vor Ort zuzuführen. Ich bitte um Beachtung dieses Hinweises bereits während der Planungsphase des zu entwickelnden Gebietes.</p> <p>Der Hinweis ist u.a.im Zusammenhang mit den Kriterien der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und den damit verbundenen Kriterien</p>	<p>von min. 130 m zum Ufer des Nord-Ostsee-Kanals sowie rund 300 m zur Fahrrinne ist nicht mit unmittelbaren Nutzungskonflikten zu rechnen.</p> <p>Durch Festsetzungen im Bebauungsplan erfolgt die Feinsteuerung der schützenswerten Nutzungen. Wohnnutzungen werden im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 29 voraussichtlich teilweise ausgeschlossen. Sie sind auch ansonsten gemäß § 8 Abs. 3 BauNVO in Gewerbegebieten nur ausnahmsweise zulässig und auf Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber beschränkt. Darüber hinaus lassen die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm in Gewerbegebieten, im Vergleich zu Wohn- oder Mischgebieten, eine höhere Schallbelastung zu.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Durch die geplanten Darstellungen im Flächennutzungsplan werden keine neuen direkten und indirekten Einleitungsstellen in den Nord-Ostsee-Kanal vorbereitet. Auch im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans sind entsprechende Festsetzungen nicht vorgesehen. Das Plangebiet ist vollständig an das bestehende Kanalnetz der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf angebunden. Im Zuge des jeweiligen Baugenehmigungsverfahrens werden gegebenenfalls ergänzende entwässerungstechnische Anforderungen (z.B. Vor-Ort-Versickerung) durch die Abwasserbeseitigung Büdelsdorf einzelfallbezogen geprüft.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>zum Verschlechterungsverbot/ Verbesserungsgebot des Wasserkörpers des NOK zu sehen. Gleichmaßen kann eine leitungsfähige Vorflut durch den NOK nur garantiert werden, wenn die zugeführte Wassermenge in Relation zur technischen Möglichkeit der Wasserabfuhr in die tidebeeinflusste Elbe steht.</p> <p>Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Bitte senden Sie mir eine Abschrift Ihrer Entscheidung im Verfahren für meine Aktenführung.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Träger öffentlicher Belange werden über das Abwägungsergebnis informiert.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

<p>Private Stellungnahme 1, Stellungnahme von 17.04.2020</p>	<p><i>Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.</i> Bertolt Brecht</p> <p><u>Zu 3.2.2, S. 6:</u> <i>„Nach Auskunft der Stadt Büdelsdorf sind sämtliche geplanten Ausgleichsmaßnahmen auf privaten, im Eigentum der Stadt stehenden Flächen ausgeführt worden.“</i></p> <p>Der größte Teil der Ausgleichsmaßnahmen bestand in einer Aufforstung in der Nähe von Bünsdorf. Die jetzige Fläche des FNP sind aber ruderale Flächen, die einen völlig anderen Biotyp darstellen, also durch die Aufforstung nicht ersetzt werden können. Darüber hinaus ist das Artensterben in Deutschland trotz aller Ausgleichsmaßnahmen immer schneller vorangegangen. Vgl. dazu auch das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ der Bundesregierung vom September 2019. Die neuen Waldflächen könnten aber unter Klimaschutzmaßnahmen verbucht werden, auch wenn sie erst in 20 Jahren ihre Wirksamkeit so richtig entfalten.</p> <p><u>Zu 6.3.1 - S. 21:</u> <i>„Derartige ruderale Biotoptypen lassen sich in relativ kurzen Zeiträumen wiederherstellen.“</i></p> <p>Das ist richtig, aber Büdelsdorf hat dafür keine Flächen übrig, da der Ort schon jetzt nur noch weniger als 20 % Vegetationsflächen besitzt. Wenn diese Flächen also versiegelt werden, sind sie in Büdelsdorf nicht wiederherstellbar.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, inklusive der Herstellung der Ausgleichsmaßnahmen zum Bebauungsplan Nr. 29 erfolgte nach den seinerzeit geltenden naturschutzfachlichen Bestimmungen und wurde vollständig erbracht. Ein Ausgleich in Form der angesprochenen Aufforstung entsprach diesen Bestimmungen.</p> <p>Die zentralen Aufforstungsflächen wurden 1994 hergestellt und entfalten dementsprechend seit nunmehr mehr als 25 Jahren ihre Wirksamkeit.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung erfolgt im Zuge der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 29. Da die Flächen bereits heute als Baugebiet festgesetzt und gemäß den geltenden Bestimmungen bebaut werden könnten, ist dies bei der Bilanzierung zu berücksichtigen. Sofern sich im Zuge der Bilanzierung ein</p>
---------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p><u>Zu 6.3.1 - S. 21:</u> <i>„Die biologische Diversität des Gebietes ist aufgrund der Nutzung als Gewerbegebiet als gering zu bewerten.“</i></p> <p>Das steht im Widerspruch zum auf S. 19 zitierten Landschaftsplan: „artenreich“ und „viele Insektenarten“. Im Gegensatz zu vielen Blühwiesen innerhalb des Ortes bieten diese Rht-Flächen den Insekten auch Wohnmöglichkeiten.</p> <p><u>Zu 6.3.4 - S. 24:</u> <i>„Die Sommer sind feucht-kühl ...“.</i></p> <p>Hier wurden die Dürresommer der letzten Jahre anscheinend nicht zur Kenntnis genommen. Zur zukünftigen Entwicklung des Klimas vgl. z.B: Frankfurter Rundschau vom 12.08.2020, S. 16ff.</p> <p><u>Zu 6.3.4 - S. 24:</u> <i>„Positiv wird sich jedoch die umfangreiche Durchgrünung des Plangebiets auf das lokale Klima auswirken.“</i></p> <p>Für das Plangebiet ist eine Grundflächenzahl von 0,8 vorgesehen. D.h., es werden, im ungünstigsten Fall, nur 20% der Fläche begrünt. Hier von „umfangreicher Durchgrünung“ und „positiven Auswirkungen“ zu sprechen</p>	<p>Ausgleichsdefizit ergibt, werden entsprechende Maßnahmen des Ausgleichs ebenfalls im verbindlichen Bebauungsplan festgesetzt.</p> <p>Der Hinweis wird teilweise berücksichtigt. Der Abschnitt im Umweltbericht wird dahingehend konkretisiert, dass nur ein Teil des Gebietes bereits heute einer gewerblichen Nutzung unterliegt.</p> <p>Die Bereiche, die im Landschaftsplan als „Staudenfluren trockener Standorte (Rht)“ kartiert worden sind, wurden bereits auf Grundlage des geltenden Bebauungsplans Nr. 29 bebaut (Bereich Trichterbecherweg 29). Die noch unbebauten Flächen sind im Landschaftsplan als „Ruderales Staudenflur frischer Standorte (RHm)“ kartiert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Aussage bezieht sich auf das langjährige Mittel und den deutschlandweiten Vergleich.</p> <p>Der Hinweis wird teilweise berücksichtigt. Der Abschnitt im Umweltbericht wird dahingehend konkretisiert, dass sich die Durchgrünung im</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>ist schon absurd.</p> <p>Zu 6.4 - S. 28 <i>„gg) Das Vorhaben wirkt sich vermutlich positiv für das Klima aus, ...“.</i></p> <p>Bestenfalls ließe sich sagen, dass das Vorhaben sich vielleicht etwas weniger negativ auswirken wird. Aber im Vergleich zum heutigen Zustand wird sich eine deutliche Verschlechterung einstellen. Nur jemand, der in einer Scheinrealität des formalen Vorgehens lebt, kann zu einer solchen total daneben liegenden Aussage kommen.</p> <p>Zu 6.8.3 - S. 32: <i>„Auf dieser Grundlage können lediglich Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Klima / Luft sowie Mensch und Gesundheit prognostiziert werden. Für diese Schutzgüter sind keine negativen, sondern eher positive Auswirkungen zu erwarten.“</i></p> <p>2020 ist nicht mehr 1990!</p> <p>1990 gab es schon die ersten Erkenntnisse, dass die (wirtschaftliche) Entwicklung auf unserem Planeten an ihre Grenzen stößt (z.B.: 1972 Club of Rome, 1987 Brundtland-Kommission der UN), aber nur wenige Menschen, und erst recht Politiker, haben diese Mahnungen ernst genommen. Unsere Form des Wirtschaftens hat ja jahrzehntelang gut funktioniert. 1990 wurde der B-Plan für die Industriegebiete in Büdelsdorf verabschiedet und das Gebiet erschlossen.</p> <p>2020 sind die Auswirkungen des Klimawandels für alle deutlich zu erkennen: Dürreperioden, das Schmelzen der Gletscher und das Überschreiten des ersten Kipppunkts des Klimawandels, das Schmelzen</p>	<p>vorliegenden Fall im Wesentlichen auf die direkt an das Plangebiet grenzenden Ausgleichsflächen bezieht, die im Zuge des Bebauungsplans Nr. 29 hergestellt wurden (z.B. angrenzende Redder im Norden und Osten, Sukzessionsfläche im Osten). Die Baumreihen entlang der Erschließungsstraßen durchgrünen das Plangebiet zusätzlich.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Planung wurde mit dem Ziel der Umwandlung bestehender Industriegebiete in Gewerbegebiete aufgestellt. Die voraussichtlichen klimatischen Auswirkungen dieses Vorhabens sind entsprechend korrekt beschrieben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Wandel der Nachfrage ist u.a. Grund für die vorliegende Planänderung, da sich diese im gewerblichen Segment weg von größerer (Schwer-) Industrie hin zu kleineren klassisch gewerblichen Produktions- und Handwerksbetrieben verlagert hat. Für die bislang unbebauten Flächen gibt es, mit Ausnahme von zwei Grundstücken mit einer Gesamtgröße von 25.000 qm, bereits Reservierungen.</p> <p>Mit der Planänderung wird somit die</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>des arktischen Sommereises, wird nicht mehr zu verhindern sein, usw. Der Rückgang der Biodiversität („Insektensterben“) hat in den letzten 30 Jahren katastrophale Ausmaße angenommen. Die globale Ungleichheit ist immer noch riesig.</p> <p>Kein Mensch kann sich heute noch guten Gewissens hinstellen und sagen: „Wir machen weiter so wie bisher!“. Schleswig-Holstein wird seine Klimaschutzziele für 2020 deutlich verfehlen. Und jeder, der heute noch immer für finanzielle Vorteile weiter so plant wie vor 30 Jahren, weiß, dass er daran seinen Anteil hat. Ihm muss bewusst sein, dass es immer teurer wird und immer drastischere Maßnahmen notwendig sein werden, je länger das Erreichen der Klimaschutzziele hinausgezögert wird. Die Folgen des Klimawandels werden in erster Linie nicht bei uns in Europa erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben, sondern im globalen Süden, also bei Menschen, die selber sehr wenig zum Klimawandel beitragen. Im Sinne eines globalen Allgemeinwohls sollten daher die partiellen Interessen Büdelsdorfs hintenangestellt werden. Uns geht es auch ohne neue Gewerbegebiete sehr gut. Und eine global gerechte Welt werden wir nur durch erheblich mehr Suffizienz erreichen.</p> <p>Das geplante Vorgehen der Stadt Büdelsdorf widerspricht m.E. mehreren Nachhaltigkeitszielen (SDG) der Agenda 2030 der UN: 1, 2, 3, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 15 und 16. Büdelsdorf würde damit seinem, zumindest verbal geäußerten, Anspruch, eine nachhaltige Stadt zu sein, nicht gerecht.</p> <p>Ich halte es daher für notwendig, ein Umweltgutachten erstellen zu lassen, das einerseits den Status quo des Gebietes und andererseits die schon fast völlig genutzte Fläche (mehr als 80%!) Büdelsdorfs als Bezugspunkte für die geplante Bebauung nimmt. Also der Vergleich: Alles so lassen wie es ist oder Bebauen.</p>	<p>Voraussetzung geschaffen, eine bereits voll erschlossene, mit dem Siedlungsgefüge verbundene und verkehrlich gut angebundene Fläche gemäß der vorhandenen Nachfrage zu nutzen.</p> <p>Der Hinweis wird teilweise berücksichtigt. Im Umweltbericht nach Anlage 1 Nr. 1 d) zum BauGB sind anderweitige Planungsmöglichkeiten u.a. unter Berücksichtigung der Planungsziele zu beschreiben und bewerten. Das zentrale Planungsziel ist die Ansiedlung von gewerblichen Betrieben. Die Betrachtung der Nullvariante (Verzicht auf die Planung) würde im vorliegenden Fall nicht dazu führen, dass die Flächen unbebaut bleiben und der Vegetationsbestand gesichert ist,</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	<p>Sinnvoll wäre es in meinen Augen, auf eine weitere gewerbliche Nutzung und Bebauung dieses Gebietes zu verzichten. Hier könnte z.B. teilweise ein Naherholungsgebiet entstehen, wo die Besucher Anregungen für die Gestaltung des eigenen Gartens finden könnten, also u.a. die Nachteile eines Schottergartens drastisch vor Augen geführt bekommen. Ein Gebiet, dass die Büdelsdorfer ohne PKW erreichen können, so dass der Verkehr in Büdelsdorf endlich einmal verringert werden könnte.</p>	<p>da die Fläche bereits durch den Bebauungsplan Nr. 29 verbindlich als Baufläche überplant ist und dementsprechend Baurecht besteht. Im Sinne einer umfassenden Prüfung von Planalternativen wird der Umweltbericht um eine Beschreibung und Bewertung einer weiteren Planungsvariante (Rücknahme der Bauflächen) ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird nicht berücksichtigt. Nördlich und östlich des Plangebietes befinden sich mit den Hollerschen Anlagen sowie den Aufforstungsflächen im Bereich Sieverskamp großflächige Nacherholungsgebiete in unmittelbarer Umgebung, die für die Büdelsdorfer Bevölkerung gut erreichbar ist.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

Landesplanerische Stellungnahme im Rahmen der Planungsanzeige nach § 11 Abs. 1 LaplaG

<p>Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein – Landesplanungsbehörde,</p> <p>Stellungnahme vom 22.10.2019</p>	<p>Mit Schreiben vom 03.09.2019 informieren Sie über die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf. Gegenstand der Planung ist die Ausweisung einer ca. 27 ha großen Gewerbefläche südlich der "Borgstedter Straße" und nördlich der Straße "Zum Audorfer See". Der Plangeltungsbereich umfasst zusätzlich die "Fehmarnstraße" und den "Trichterbecherweg". Ziel der Planung ist die Bestandssicherung der vorhandenen Gewerbebetriebe. Gleichzeitig sollen mit der Änderung des Flächennutzungsplanes die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe geschaffen werden. Der Flächennutzungsplan stellt die Fläche derzeit als Industriegebiet dar und soll in ein Gewerbegebiet geändert werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt parallel zu der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 der Stadt Büdelsdorf. Die Plangeltungsbereiche sind deckungsgleich.</p> <p>Aus <u>Sicht der Landesplanung</u> nehme ich zu der Planung wie folgt Stellung:</p> <p>Maßgeblich für die Planungen der Gemeinde sind der Regionalplan III sowie der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP; Amtsbl. Sch.-H . 2010, Seite 719) und die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2010 (Runderlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig- Holstein vom 27.11.2018- IV 60- Az. 502.01- Amtsbl. Schl.-H. S. 1181) Die Stadt Büdelsdorf ist Stadtrandkern 2. Ordnung, gehört zum Stadt- und Umlandbereich Rendsburg und ist Teil der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg.</p> <p>Grundsätzlich sollen nach Ziffer 3.7.1 Abs. 2 der LEP-Fortschreibung 2018 Flächen für Gewerbe und Industrie vorrangig in den</p>	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

Schwerpunkten ausgewiesen werden. Schwerpunkte sind Zentrale Orte und Stadtrandkerne.

Im Gewerbeflächenmonitoring der KielRegion und Neumünster ist der Plangeltungsbereich als für die Region bedeutsamen Standort eingestuft und als geeignet für die kurzfristige Deckung von städtischen Gewerbeflächennachfragen eingeschätzt worden. In der 3. Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplanes für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg (GEP) ist der Plangeltungsbereich als Entwicklungspotenzial für eine gewerbliche Baufläche festgestellt worden.

Aus Sicht der Landesplanung bestehen gegen die Planung keine Bedenken.

Insofern wird bestätigt, dass keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen.

Um eine den Zielen der Raumordnung zuwiderlaufende Entwicklung durch sukzessive Einzelhandelsansiedlungen auszuschließen, ist die Begründung dahingehend zu konkretisieren, dass im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung Festsetzungen zu treffen sind, die jeglichen selbständigen Einzelhandel im GE-Gebiet ausschließen. Auf das beigefügte Merkblatt mit dem Muster für eine textliche Festsetzung im Bebauungsplan weise ich hin. Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und greift einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor.

Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.

Aus Sicht des Referates für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht sind derzeit keine weiteren Anmerkungen erforderlich.

Der Hinweis wird berücksichtigt.

Die Begründung wird um einen entsprechenden Hinweis auf die Steuerung des Einzelhandels im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 29 ergänzt.

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

Merkblatt - Steuerung der Einzelhandelsentwicklung in Gewerbegebieten

Anregungen für die besondere städtebauliche Begründung von textlichen Festsetzungen nach § 1 Abs. 5 i.V.m. Abs. 9 BauNVO

Allgemeine Begründung für den generellen Einzelhandelsausschluss:

Siehe Ziffern 2.4.1 (Abschnitt "Gewerbe- und Industriegebiete") und 3.4.4 des Gemeinsamen Beratungserlasses zur Ansiedlung von Einkaufseinrichtungen größeren Umfangs vom 1. August 1994.

Begründung für die Ausnahme "Verkaufsflächen im räumlichen und funktionalen Zusammenhang, aber keine Waren und Güter des täglichen Bedarfs":

Ziel der Gewerbegebietsfestsetzung ist die Ansiedlung von Handwerks-, Produktions-, Dienstleistungs- und Großhandelsbetrieben, um das Arbeitsplatzangebot in der Gemeinde zu erhöhen und ausreichende Flächen insbesondere auch zur Umsiedlung städtebaulich störender Betriebe zur Verfügung stellen zu können. Diesen Betrieben soll jedoch als untergeordnete Nebeneinrichtung Gelegenheit gegeben werden, ihre Produkte an Endverbraucher zu verkaufen (Direkt-Vermarktung). Wegen der i.d.R. eher wohnungsfern gelegenen Gewerbegebiete wird der Einzelhandel mit Waren und Gütern des täglichen Bedarfs generell ausgeschlossen; diese Einrichtungen sollen wohnungs- und verbrauchernah angesiedelt werden.

Begründung für die erweiterte Ausnahme "Verkaufsfläche Kfz. usw.":

Die erweiterte Ausnahme für den Einzelhandel soll Gewerbebetrieben, deren Produktpalette ein flächenbeanspruchendes Sortiment umfasst, die gleichen Möglichkeiten wie den vorstehend genannten Betrieben eröffnen. Insbesondere Kfz-Reparaturwerkstätten, die gleichzeitig einen Gebraucht- oder Neuwagenhandel betreiben, Zimmerei- oder Tischlereibetriebe, die

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Geeignete Festsetzungen und Begründungen werden in die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 29 aufgenommen.

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

Möbel, Zäune, Carports o.ä. herstellen, oder der Baustoffgroßhandel benötigen für die vorgenannten Produkte erhebliche Stellflächen. Diesem Umstand soll durch eine weitere begrenzte Ausnahmeregelung Rechnung getragen werden.

Gemeinsame Begründung:

Von dem vorstehend im Ausnahmewege ermöglichten Einzelhandel gehen nicht die in der Begründung zum grundsätzlichen Einzelhandelsausschluss angeführten Gefährdungen für die städtebauliche Entwicklung aus.

Muster für eine textliche Festsetzung im Bebauungsplan:

1. Gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 9 Baunutzungsverordnung (BauNVO) sind im Gewerbegebiet Einzelhandelsbetriebe ausgeschlossen .
 - 1.1 Ausnahmsweise sind Einzelhandelsbetriebe bis zu einer Größe von max. 300 qm Geschossfläche / alternativ 200/250 m2 Verkaufs- und Ausstellungsfläche zulässig, wenn sie
 - nicht mit Waren und Gütern des täglichen Bedarfs handeln,
 - in einem unmittelbaren räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit einem Großhandels-, Produktions-, Dienstleistungs- oder Handwerksbetrieb stehen und
 - diesem gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.
 - 1.2 Eine Überschreitung der max. zulässigen Geschossfläche von 300 qm / alternativ Verkaufs- und Ausstellungsfläche von 200/250 m2 für den Einzelhandelsanteil kann darüber hinaus bis zu max. 1.200 qm Geschossfläche / alternativ ... qm Verkaufs- und Ausstellungsfläche ausnahmsweise zugelassen werden, wenn es sich um Gewerbebetriebe des Kfz-Handwerks, des Holzver- oder holzbearbeitenden Bereichs einschließlich Möbel oder des Bau- und Gartenbedarfs handelt; auf eine Unterordnung des Einzelhandelsanteils im Sinne der Ziffer 1.1, 3. Spiegelstrich kann in diesem Fall verzichtet werden.

25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Büdelsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Abwägungssynopse

	1.3 Bei der Ermittlung der Geschossflächen nach Ziffer 1.1 und 1.2 sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in Nichtvollgeschossen, einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenräume und einschließlich ihrer Umfassungswände ganz mit zurechnen (§ 20 Abs. 3 Baunutzungsverordnung).	
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--